



## Zuwanderung ordnen – Integration sichern CDU und CSU verabschieden Papier zur Flüchtlingspolitik

Das gemeinsame Positionspapier von CDU und CSU zur Zuwanderung ist ein wichtiger Schritt hin zu einer Einigung auf Koalitionsebene am Donnerstag. Das sechsseitige Papier, auf das sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer geeinigt hatten, spricht eine klare Sprache und greift vor allem auch viele Sorgen der Bevölkerung auf. Es stellt zudem die wesentlichen nationalen und internationalen Maßnahmen für die kommenden Wochen und Monate dar.

Die zentralen Ziele des CDU/CSU-Positionspapieres sind: Zuwanderung ordnen und steuern, sowie Fluchtursachen bekämpfen, um so die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, Menschen in Not zu helfen und die Integration Schutzbedürftiger zu sichern.

Ein ganz wichtiges Ziel dabei: Die Einrichtung von Transitzonen. Die Union will diese Zonen ermöglichen, damit diejenigen ohne Aussicht auf Anerkennung sehr zügig in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Zudem, so betonte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Fraktionssitzung der Unionsfraktion, steht die Union für eine Intensivierung der Rückführung nicht Schutzbedürftiger. In den Transitzonen wird laut Papier „für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreisesperre, mit Folgeanträgen und ohne Mitwirkungsbereitschaft ein beschleunigtes Asylverfahren einschließlich Rechtsmittelverfahren und Rückführung durchgeführt.

Zudem brauche es nun innerhalb der EU schnell einen funktionierenden Verteilungsmechanismus und einen funktionierenden Schutz der EU-Außengrenzen, so CDU und CSU. Bis Jahresende sollten zudem die sogenannten Hotspots im Süden der EU fertig sein. Als weiteres Instrument nannte Merkel die Kooperation mit der Türkei.

Horst Seehofer, der ebenfalls an der Sitzung der Unionsfraktion teilnahm, stellte 3 Generalziele der Vereinbarung heraus: Es gelte, Menschen in Not zu helfen, Integrationsleistungen zu verstärken und gleichzeitig die derzeitigen Flüchtlingszahlen zu reduzieren.

Zudem ist es klare Absicht der Union, den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte zunächst für zwei Jahre auszusetzen. Kosten für Integrationskurse sollen zudem auf Leistungen für Asylbewerber angerechnet werden. Ebenso muss nun darauf geachtet werden, dass alle Länder, gerade die rot-grün regierten wie Nordrhein-Westfalen, die neuen Bestimmungen im Asylrecht konsequent anwenden und z.B. das Taschengeld nur noch in Sachleistungen gewähren und vor allem viel konsequenter als bisher abschieben.

Das Papier fordert darüber hinaus an den Landesgrenzen eine bessere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich, die Beschränkung des Familiennachzugs für Geduldete und die Einführung eines einheitlichen Flüchtlingsausweises.

Jenseits der nationalen Maßnahmen sieht das Papier auch Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene vor – so den strikten Schutz der EU-Außengrenzen, die baldige Fertigstellung der Registrierungscentren – der sogenannten Hotspots - sowie Absprachen mit der Türkei in der Flüchtlingspolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,



der Volkswagen Konzern hat in dieser Woche mitgeteilt, dass zu 800.000 Fahrzeugen falsche Angaben zum Kohlenstoff-

dioxid ausstoß gemacht wurden. Davon sind auch 98.000 Benziner betroffen.

Die Kfz-Steuer berechnet sich allerdings für Autos, die nach dem 01. Juli 2009 zugelassen worden sind, nach dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Da der Wert von VW niedriger angegeben wurde, muss die Kfz-Steuer neu berechnet werden und der zusätzliche Steuerbetrag wird rückwirkend fällig.

Es kann aber nicht sein, dass die VW-Kunden den Schaden zu tragen haben. Deswegen ist es gut, dass das Bundesfinanzministerium und das Bundesverkehrsministerium an einer zügigen Lösung arbeiten, nach der nicht der Kunde, sondern der VW-Konzern die Mehrkosten zu tragen hat.

Das Kraftfahrt-Bundesamt hat in der Sache schnell gehandelt und ist bereits jetzt damit beauftragt, bei den VW-Dieselmotoren strenge spezifische Nachprüfungen durch unabhängige Gutachter zu veranlassen. Bei den Tests werden die in Frage stehenden Modelle natürlich auf der Rolle und auf der Straße geprüft.

Es werden darüber hinaus auch Fahrzeuge anderer Hersteller untersucht, um weitere mögliche Verfälschungen aufzudecken.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

**Peter Hintze MdB**

Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: DBT/Stella von Saldern



## Dialog mit Ankara intensivieren Türkei hat Schlüsselrolle für Frieden in der Region

Bei der Parlamentswahl in der Türkei am vergangenen Sonntag erreichte die islamisch-konservative AKP die absolute Mehrheit der Sitze. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:

„Dass die AKP die absolute Mehrheit der Sitze gewinnen konnte, werten wir als Ausdruck des Wunsches der türkischen Bevölkerung nach Stabilität und Frieden in der Türkei. Für eine Verfassungsänderung, die die Stärkung der Rolle des Präsidenten zum Ziel hätte, bräuchte die AKP aber auch unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen die Unterstützung anderer Parteien. Die Gefahr einer übermäßigen Machtanhäufung mittels einer Verfassungsänderung ist somit eher gering.

Mit dem Wahlausgang verbindet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Hoffnung, dass die neue türkische Regierung die derzeitigen Herausforderungen entschlossen angeht und dabei Bereitschaft zum Kompromiss zeigt. Das Land befindet sich in einer innenpolitisch schwierigen Situation. Dies hat zuletzt der verheerende Anschlag mit über 100 Toten in Ankara gezeigt. Unabhängig davon, wer für die Anschläge Verantwortung trägt, müssen die türkische Regierung und die Kurden am Friedensprozess festhalten. Nur wenn dieser mühsam aufgebaute Friedensprozess mit den Kurden weitergeführt wird, kann die ohnehin heikle Lage entschärft werden.

Unter den internationalen Partnern Deutschlands nimmt die Türkei eine besondere Rolle ein. Sie ist zentraler Akteur bei den Bemühungen um eine Befriedung des syrischen Bürgerkrieges, bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus in der Region. Deutschland wird den Dialog mit Ankara auf bilateraler, europäischer und internationaler Ebene vorantreiben und intensivieren.“

*Foto: Katja-Julia Fischer*

## Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung

Schwerkranke und sterbende Menschen benötigen in ihrer letzten Lebensphase die bestmögliche menschliche Zuwendung, Versorgung, Pflege und Betreuung. Dies erfordert eine gezielte Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland. Zwar sind in den letzten Jahren beim Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung bereits Fortschritte erzielt worden. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es jedoch noch an ausreichenden Angeboten.

Mit dem in dieser Woche vom Bundestag verabschiedeten Gesetz wird die flächendeckende Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland durch gezielte Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung gestärkt. Es werden Anreize zum weiteren Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung gesetzt und die Kooperation und Vernetzung in den relevanten Versorgungsbereichen gefördert. Die Versicherten werden besser über Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung informiert, damit die letzte Lebensphase selbstbestimmt und bestmöglich begleitet verbracht werden kann.

Das Gesetz sieht Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, in der sozialen Pflegeversicherung und im Krankenhauswesen vor. Die Maßnahmen zielen darauf ab,

- in strukturschwachen und ländlichen Regionen die Palliativversorgung weiter auszubauen und die Hospizbewegung zu unterstützen,
- die Vernetzung von Angeboten der medizinischen und pflegerischen Versorgung sowie der hospizlichen Begleitung sicherzustellen und die Kooperation der daran beteiligten Leistungserbringer zu gewährleisten,
- die Palliativversorgung als Teil der Regelversorgung in der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie im Rahmen der häuslichen Krankenpflege zu verankern und die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) flächendeckend zu verbreiten,
- die finanzielle Förderung stationärer Kinder- und Erwachsenen hospize sowie ambulanter Hospizdienste zu verbessern,
- die Palliativversorgung und Hospizkultur in stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern zu stärken sowie
- die Versicherten gezielt über bestehende Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung zu informieren und Pflegeheimbewohnern eine individuelle Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase zu ermöglichen.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 18/2015  
05. November 2015

**Landesgruppe NRW**  
der CDU/CSU-Fraktion  
im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)

**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth  
Fabian Bleck